

Probleme, die die Grünen mit sich selber haben, über die eher pubertäre Art, wie manche von ihnen persönlich-private Probleme ins Parlament tragen, aber auch über die wenig galante Form, in der vor allem Abgeordnete aus den Reihen der Unionsparteien der bunten und recht unterschiedlich „radikal“ besetzten Gruppierung begegnet sind.

Aufgefallen ist aber vor allem ein *veränderter Ton* zwischen Regierung und Opposition. Die gegenseitigen Höflichkeiten gingen über die Zusage konstruktiven Verhaltens (der Kanzler: „Wir sagen nicht, daß wir die Opposition nicht brauchen“; der Oppositionsführer: „Wir werden Opposition treiben, nicht Obstruktion“) hinaus. Persönliche Aversionen schienen weitgehend verschwunden. Trotz aller *Vorsicht vor Positionsverwischung* war der Wille erkennbar, loyal miteinander zu streiten und den Konsens dort, wo er sinnvoll oder gar notwendig ist, nicht zu verbauen. Das parlamentarische Klima ist anders, viel-

leicht sogar besser, auf jeden Fall normaler geworden. Dies war wohl auch deshalb, weil die Fronten geklärt und die unter der sozialliberalen Koalition bereits länger wirk-samen *Verwerfungen* (hier die größere Regierungspartei gespalten zwischen Loyalität zum eigenen Kanzler und offener oder versteckter Opposition gegen ihn; dort eine Opposition in vielen Punkten in erkennbarer Übereinstimmung mit dem Kanzler, aber in Konfrontation mit dessen Partei) nicht mehr bestehen. Man weiß (außer in Teilen der CSU) offenbar wieder klarer, wer regiert und wer opponiert, das erlaubt beiden Seiten mehr Souveränität und Gelassenheit. Ob man auch dann noch fähig ist, nur über die Sache zu streiten, wenn in einigen Monaten über atomare Nachrüstung zu entscheiden ist, wenn Opposition außerhalb des Parlaments sich zu Widerstand formiert und wenn schmerzliche Eingriffe im sozial-staatlichen Bereich unausweichlich werden, wird sich zeigen.

David A. Seeber

Ein überraschendes Ende

Österreich unter Kreisky

Jahrelang rätselte man in Österreich, wie denn nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung der Übergang in die Nach-Kreisky-Ära gelingen würde. Und dann war diese Nach-Kreisky-Ära mit der Nationalratswahl am 24. April ganz plötzlich und unversehens da. In einer berührenden Szene vor laufenden Fernsehkameras sagte Bundeskanzler Kreisky, sichtlich aufgewühlt von diesem Augenblick, ja, er habe eine Wahlniederlage erlitten, und am nächsten Tag werde er zurücktreten.

Diese entschiedene Erklärung Kreiskys unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses überraschte allgemein, obwohl der Kanzler schon vor der Wahl immer wieder gedroht hatte, er werde „den Hut nehmen“, wenn die SPÖ die absolute Mehrheit nicht abermals erringen sollte. Viele Menschen glaubten aber nicht ganz an die Ernsthaftigkeit dieser Drohung. Dazu kam noch der knappe Ausgang der Wahl, der der SPÖ wohl einen Verlust von 3,2 Prozent der Stimmen, aber der ÖVP nur einen relativ bescheidenen Gewinn von 1,3 Prozent der Stimmen bescherte.

Bleibende Verdienste

Die Sozialistische Partei zog indessen ohne Sentimentalität die Konsequenzen: Schon am Tag nach der Wahl wurde der bisherige Vizekanzler und Unterrichtsminister *Fred Sinowatz* zum kommenden Bundeskanzler nominiert. Mit Energie nahm die SPÖ die Bildung einer Koalitionsregierung mit der kleinen Freiheitlichen Partei Österreichs in Angriff, die bei den Wahlen ein Sechstel ihrer Stimmen verloren hatte, auf nicht einmal fünf Prozent der gültigen Stimmen zurückgefallen war und trotzdem ein Mandat hinzugewann. Mit der rot-blauen Koalition

ist für Österreich eine Premiere gegeben: Denn noch nie seit 1945 hatte das national-liberale Lager in Österreich Gelegenheit, an der Regierungsverantwortung teilzunehmen.

Fragt man nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung nach dem, was davon bleibt, so ist wohl in erster Linie die endgültige *Integration der überwiegend sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft in den Staat Österreich* zu nennen. Die zäh fortwuchernden Nachwirkungen des Bürgerkrieges in den dreißiger Jahren, der vor allem Kirche und Arbeiter in tragischer Weise entfremdete, dürften damit wenigstens auf politischem Gebiet überwunden sein.

Zu Kreiskys Lebenswerk zählt auch, daß er die SPÖ *vom doktrinären Austromarxismus* ihrer Vergangenheit zur sozialdemokratischen Pragmatik einer linken Volkspartei führte, wobei für Kreisky das Erlebnis der skandinavischen Verhältnisse während seiner Emigration in Schweden gewiß prägend war.

Als drittes Bleibendes ist zu vermerken, daß Bruno Kreisky seinen Mitbürgern jenen Minderwertigkeitskomplex genommen hat, der sich seit dem Zusammenbruch der alten großen Donaumonarchie im Jahre 1918 und nach dem Absturz Österreichs in eine scheinbar unbedeutende Kleinstaatlichkeit bei vielen Östreichern ergeben hat.

Kreisky bewies seinen Landsleuten, welche Wirkungen man auch als Politiker eines kleinen Landes erzielen, welches Ansehen selbst eine kleine Republik in aller Welt erlangen kann.

Mit Bruno Kreisky schied ein Mann aus den Regierungsgeschäften, der ein Freund von Künstlern und Literaten, ein Meister feinsinnigen Gesprächs war, der aber ebenso

mit unfairster Demagogie Gesprächspartner niederkartätschen konnte; ein Sohn des alten Österreich, aus Böhmen stammend, der mit seiner Großbürgerlichkeit und Weltläufigkeit viele Besucher faszinierte, der aber ebensogut den derbsten Dialekt beherrschte; ein Mann, der trotz seiner jüdischen Abstammung und trotz des lange vorherrschenden latenten Antisemitismus in Österreich eine *beispiellose Popularität* errang und der in den letzten Jahren immer emotionaler, immer unkontrollierter gegen die regierenden Zionisten in Israel eiferte; Kreisky war schließlich der von den Nationalsozialisten vorübergehend eingesperrte, dann vertriebene Emigrant, der einen Mann wie Simon Wiesenthal systematisch diffamierte und der den früheren FPÖ-Parteichef *Friedrich Peter* samt dessen SS-Vergangenheit zu seinen besonderen Schützlingen erkoren hatte.

Republik im Ungewissen

In allen diesen Widersprüchen war Bruno Kreisky ein Österreicher, in dem sich viele seiner Mitbürger selbst wiedererkannten. Das machte vermutlich seine faszinierende Kraft und ein Stück seiner außerordentlichen Popularität innerhalb Österreichs aus.

Zu den besonderen Eigenschaften dieses facettenreichen Mannes gehörte es, daß er viele seiner Meinungen am laufenden Band wechselte, daß er sich fast nie auf eine bestimmte Auffassung festlegen ließ und daß er seine Äußerungen immer nur unter der *clausula rebus sic stantibus* verstand. In ungezählten Fällen sagte Kreisky schon einen Tag später das genaue Gegenteil von dem, was er am Vortag mit Bestimmtheit behauptet hatte. Darauf angesprochen, antwortete er oft mit der Gegenfrage, ob man nicht gescheitert werden dürfe?

Diese Eigenschaft hatte bei Bruno Kreisky einen eigenen, unverwechselbaren Stil und einen Hauch von Größe. Bei seinen Epigonen in der SPÖ wie in den anderen Parteien des Landes, die den großen Meister in jeder Hinsicht begierig nachzuahmen versuchten, wurde diese Eigenschaft jedoch bald bis zum blanken Opportunismus weiterentwickelt. So gab es in vielen prinzipiellen Fragen, die Österreich herausfordern, bald keinen festen Richtpunkt mehr, es gab kein Gut und kein Böse, kein Ja und kein Nein. In manchen Bereichen ist Österreich auf diese Weise zu einer *Republik im Ungewissen* geworden, in der das Lavieren – ohnehin eine Eigenschaft des Landes – zum großen taktischen Spiel wurde, das man mit besonderer Meisterschaft pflegte.

Nur in einem einzigen, wenn auch sehr wichtigen Punkt hat Kreisky immer die gleiche Position eingenommen – wohl auch im Wissen, daß ihm diese Haltung bei den allermeisten Österreichern nur Zustimmung eintragen würde: Das war und ist sein *unbeugsamer Antikommunismus*. In dieser Frage galt bei Kreisky nie ein „Wenn“ oder „Aber“, hier war er ungleich beständiger als viele führende deutsche Sozialdemokraten, in diesem Punkt war sein „Ja“ immer ein Ja, und sein „Nein“ immer ein Nein.

Ob Kreisky als österreichischer Bundeskanzler in Budapest oder Ostberlin, in Belgrad oder Moskau auf Staatsbesuch war: Immer sagte er den dortigen Machthabern offen seine Meinung, die er meistens so elegant einzukleiden wußte wie in Ostberlin, als man ihn dort fragte, wie ihm die Stadt gefalle. Damals antwortete Kreisky: „Wissen’S, um diese Jahreszeit schaut auch bei uns jede Stadt ein bisserl häßlich aus.“

Typischer Josefiner

Mit der *katholischen Kirche* bemühte sich Bruno Kreisky schon als Oppositionsführer um ein *friedliches Nebeneinander*. Er versuchte alles, um die Christen des Landes zu überzeugen, daß die Sozialisten nicht kirchenfeindlich seien. Unter seiner Mitwirkung als Außenminister wurden die lange umstrittenen, von der SPÖ bis dahin wiederholt abgelehnten Konkordatsverträge zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl abgeschlossen. Unter seiner Regierung sind die katholischen Privatschulen in Österreich in zunehmendem Maß subventioniert worden. Dabei erwies sich Kreisky als typischer österreichischer Josefiner: Wie einst der aufklärerische Habsburger wollte er mit dieser seiner Gunst die Kirche seinen staatspädagogischen Absichten unterwerfen und mit goldenem Zügel an der kurzen Leine halten.

Richard Barta, derzeitiger Herausgeber der „Kathpress“ in Wien und maßgeblicher Berater des Wiener Kardinals Franz König in Presseangelegenheiten, schrieb wenige Tage nach der Wahl: „Wie vieles in diesem Land hat die Kirche in Österreich unter der milden Sonne Kreiskys im Windschatten gelebt. Die stete Konsensbereitschaft der österreichischen Kirche fand in der Konsensbereitschaft Kreiskys eine glückliche, oder wenn man will, eine verhängnisvolle Ergänzung. Die Kirche wurde nicht gefordert, nicht konfrontiert, so hat sie sich Konfrontationen abgewöhnt. Die Fristenlösung ist kein Gegenbeispiel. Hier gingen die Fronten auch durch die katholischen Reihen. Was die Kirche an Menschen verlor, und sie verlor viel in diesen Jahren, wurde ihr nicht abgekämpft, sondern fiel ganz einfach ab.“

Für Kreisky dürfte die Kirche in erster Linie ein Kalkül seiner innenpolitischen Taktik gewesen sein, wenn er, der erklärte Agnostiker, sich auch in den letzten Jahren nach eigenen Aussagen mancher theologischen Lektüre zuwandte. Aber wie er die Macht der nicht sozialistischen Zeitungen durch möglichst direkte Verbindungen zu vielen Journalisten, durch amüsante und geistreiche Aperçus zu unterlaufen wußte, so hat er immer wieder aufs neue versucht, durch *Komplimente an die Kirche* antisozialistische Affekte im katholischen Volk wenigstens teilweise abzubauen. In ähnlicher Weise warb er mit öffentlichen Sympathieerklärungen um Liberale, ebenso um alte Nazis: Bruno Kreisky war ein Mann für alle Lebenslagen.

Gleichzeitig sorgte er mit eiserner Faust für die *Einheit der Sozialistischen Partei*. Solange er das Sagen hatte, kam es in der SPÖ nicht zu jenen Auflösungserscheinungen und

offenen Flügelbildungen, die die Wahlniederlage der SPD in der Bundesrepublik vorbereiteten. Mit Zuckerbrot und Peitsche integrierte er die österreichischen Jusos, die ohnehin von vornherein nur halb so wild waren wie ihre deutschen Kollegen, in seine Partei und beteiligte sie mit Pfründen und Posten. Dort, wo er allzuviel Eigenständigkeit vermutete, griff er rücksichtslos zu. Der langjährige Vizekanzler *Hannes Androsch*, den Kreisky auf einen ertragreichen Posten einer verstaatlichten Bank abschieben ließ, ist ein sprechendes Beispiel für diese Methode.

Kleine Koalition als Vermächtnis

Erst in den letzten Jahren begannen sich die *Fehler* zu häufen, die Bruno Kreisky unterliefen. Schon bei der von ihm provozierten Volksabstimmung über den Betrieb von Atomkraftwerken in Österreich scheiterte Kreisky. Er vermochte auch nicht die zunehmende Verkrustung seiner Partei, vor allem in Wien, zu verhindern. Und seine Idee, knapp vor der Wahl die Österreicher mit der Ankündigung einer Quellensteuer und der Besteuerung des 13. und 14. Monatsbezugs zu einem „nationalen Opfer“ aufzufordern, führte ihn in die Wahlniederlage. Wohl hat der sozialistische Apparat mit gezielter und vernichtender Denunziation von Anführern der „Grünen“ diesmal noch verhindern können, daß die in sich zerstrittenen Alternativen in das österreichische Parlament einziehen. Der Abbröckelungsprozeß, den die SPÖ hinzunehmen hatte, war

dennoch zu groß – die absolute Mehrheit ging ihm verloren.

Ein letztes Vermächtnis Bruno Kreiskys an seine Partei war es, sie vor einer großen Koalition mit der ÖVP zu warnen und in eine *kleine Koalition mit der FPÖ* hineinzuführen. Ihm, dem in den vergangenen 13 Jahren vieles gelang, was er sich in den Kopf setzte, ist ja nur eines mißlungen: Sein Plan, die ÖVP nach schwedischem Vorbild in mehrere bürgerliche Mittelparteien aufzuspalten. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit sah Kreisky, der die Regierungsverhandlungen maßgeblich führte, nur noch die Möglichkeit, nunmehr die Freiheitlichen als Hebel bei bestimmten bürgerlichen Mittelschichten und Wirtschaftstreibenden einzusetzen, um diese der Volkspartei abspenstig zu machen. Die Besetzung wichtiger Wirtschaftsressorts wie des Handelsministeriums durch freiheitliche Politiker begünstigt diese Strategie.

Trotzdem muß bezweifelt werden, daß diese Pläne Aussicht auf Verwirklichung haben. Denn das österreichische politische System erweist sich von Wahl zu Wahl als außerordentlich stabil, so daß man fast schon von einer politischen Unbeweglichkeit sprechen kann. Und wenn auch bei jüngeren Wählern und in den Bundesländern zunehmende Neigung zu politischer Mobilität zu erkennen ist, bleibt doch eine festgefügte politische Landschaft in Österreich bestehen, in der schon geringe Wählerbewegungen den Eindruck eines Erdbebens zu erwecken vermögen.

Fritz Csoklich

Standortbestimmungen kirchlicher Friedensethik

Zu den Friedensworten der amerikanischen und deutschen Bischöfe

Nur wenige Tage trennten die Veröffentlichung des Wortes der Deutschen Bischofskonferenz „Gerechtigkeit schafft Frieden“ von der Sondervollversammlung, auf der die katholischen Bischöfe der USA am 3. Mai ihren Hirtenbrief „Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort“ verabschiedeten. Die beiden umfangreichen Dokumente markieren einen *wichtigen Einschnitt* in der kirchlichen Friedensdiskussion: Die katholischen Episkopate der nuklear gerüsteten Weltmacht USA und des wichtigsten europäischen Nato-Mitgliedslandes Bundesrepublik, an der Trennungslinie zwischen West und Ost gelegen, haben fast gleichzeitig in den umstrittenen Fragen von Friedenssicherung und Friedensförderung umfassend Position bezogen.

Dementsprechend war die *Resonanz*. Das Friedenswort der deutschen Bischöfe wurde in den Medien ausführlich vorgestellt und kommentiert: die Bundesregierung, alle Bundestagsparteien, kirchliche Verbände und Gruppen nahmen Stellung zu dem 73seitigen Dokument. Vorsitzende anderer europäischer Bischofskonferenzen äußerten brieflich ihre Zustimmung; die Schweizer Bischöfe

machten sich den Text ausdrücklich zu eigen (unter Hinzufügung eines Begleitwortes). Im Unterschied zu „Gerechtigkeit schafft Frieden“ war der amerikanische Hirtenbrief auch schon lange vor seiner endgültigen Verabschiedung ein kirchlicher wie politischer Diskussionsgegenstand ersten Ranges. Man braucht nur an die Bischofskonsultation Mitte Januar im Vatikan (vgl. HK, März 1983, S. 100–102) zu erinnern oder an die offizielle Demarche von US-Sicherheitsberater *William Clark* während der Beratungen über den zweiten Entwurf.

Wie die Dokumente entstanden

Nicht erst die Sondervollversammlung vom 2. und 3. Mai in Chicago, bei der der Hirtenbrief zu Krieg und Frieden mit einer für viele Beobachter überraschend großen Mehrheit von 238 gegen 9 Stimmen verabschiedet wurde, spielte sich *im vollen Licht der Öffentlichkeit* ab. Nachdem der erste Entwurf vom Juni 1982, der zunächst vertraulich behandelt werden sollte, in die Presse gelangt war und in den USA für Schlagzeilen sorgte, wurden der zweite und